

SONDERAUSGABE 2-2025
INFORMATIONEN FÜR MITGLIEDER
UND POLITIK

Notizen



IMPRESSIONEN
KUNDGEBUNG
PAULINUM
LEIPZIG

INTERVIEW
SENATORIN
ANNA GALLINA
HAMBURG

7.11.25
JUMIKO
LEIPZIG

DJG

DEUTSCHE JUSTIZ-GEWERKSCHAFT
BUNDESVERBAND



dbb
vorsorgewerk
günstig • fair • nah

BB
Bank
Better Banking

Besser finanzieren mit unserem besten BBBank-Zins¹

Sie haben große Pläne? Dann haben wir die passende Baufinanzierung. Als Hausbank des dbb vorsorgewerk bieten wir Ihnen individuelle Beratung und unseren aktuell besten BBBank-Zins¹.

Exklusiv für
dbb-Mitglieder
und ihre
Angehörigen



Jetzt informieren

www.bbbank.de/dbb oder Mail zum Thema
Baufinanzierung für dbb-Mitglieder an
baufinanzierung@bbbank.de

¹ Sie legen der BBBank vor Darlehensvertragsabschluss ein personalisiertes, aktuelles (nicht älter als fünf Bankarbeitstage) und verbindliches Konkurrenzangebot eines Kreditinstituts mit Sitz in Deutschland mit konkreten Parametern (Zinsart – variabel/fest, Zinsbindung, Rate/Tilgung, Immobilie und Sondertilgungsoptionen) vor. Dieses muss dieselben Parameter enthalten wie das künftige Darlehen, das mit der BBBank geschlossen werden soll. Die BBBank wird Ihnen sodann ein entsprechendes Angebot mit einem günstigeren Zinssatz unterbreiten. Sollte die BBBank die Kundenbonität oder Sicherheitenbewertung anders bewerten als das Kreditinstitut, das das Vergleichsangebot erstellt hat, kann sie die Darlehensvergabe ablehnen. Dieses Angebot gilt ausschließlich für Produkte, die im Leistungsangebot der BBBank enthalten sind. Änderungen, Anpassungen oder die Einstellung des Angebots bleiben vorbehalten.

Inhalte

Vorwort	Seite 04
Pakt für den Rechtsstaat	Seite 06
Impressionen JuMiKo	Seite 07
Mit der Politik im Dialog	Seite 11
Interview mit Anna Gallina	Seite 12
Presseinfo JUNGE DJG	Seite 16
Presseinfo DJG im Nachgang zur JuMiKo	Seite 18

..... ANZEIGE

Debeka

Das **Füreinander** zählt.

Starke Gemeinschaft seit Generationen:

Was macht eine gute Krankenversicherung aus?
Dass sie stark ist, wenn es darauf ankommt.

Was ist wirklich wichtig bei einem Krankenversicherer, dem Menschen ihre Gesundheit anvertrauen? Er sollte ein zuverlässiger Partner sein, der in schwierigen Zeiten eine optimale Versorgung bietet und bei dem die Gesundheit seiner Mitglieder an erster Stelle steht, damit Versicherte schnell wieder auf die Beine kommen, wenn eine Krankheit sie aus der Bahn wirft.

Die Debeka ist eine Gemeinschaft, die stark ist, wenn es darauf ankommt. Dies hat Tradition bei dem genossenschaftlich organisierten Versicherer, der bereits vor 120 Jahren von Beamten für Beamte gegründet wurde. Dieser Gemeinschaftsgedanke wird von Generation zu Generation weitergegeben und gelebt. Diese Philosophie und die besonderen Leistungen für ihre Mitglieder überzeugen regelmäßig unabhängige Analysten, wie zum Beispiel das Handelsblatt, das die Debeka mit Platz 1 als bester Krankenversicherer 2025 mit einem Gütesiegel ausgezeichnet hat.

Zu einer starken Gemeinschaft gehören Modelle, die steigende Gesundheitskosten für ihre Mitglieder abfedern. Eine Möglichkeit ist es, kostenbewusstes Verhalten zu belohnen: Die Debeka erstattet bis zu zwei Monatsbeiträge zurück, wenn in einem Jahr keine Leistungen in Anspruch genommen wurden. Eine weitere Option ist, Treue zu honorieren. Dies geschieht, indem ein Teil der Beiträge als Alterungsrückstellungen zurückgelegt wird, damit im Alter die Beiträge stabiler bleiben.

Was zeichnet einen Krankenversicherer aus, der Wert darauf legt, seine Mitglieder zu schützen? Er investiert in Angebote, die die Gesundheit seiner Mitglieder erhalten oder verbessern und bietet exklusive Leistungen, wie etwa Vorsorge, Gesundheitsprogramme, neue Untersuchungsmethoden, Gesundheits-Apps sowie besondere Angebote – beispielsweise bei Kinderwunsch, Schwangerschaft oder Augengesundheit.

Eine starke Gemeinschaft lebt davon, dass ihre Mitglieder füreinander da sind und effektiv helfen, wenn es darauf ankommt. Das war schon vor 120 Jahren so, als die Debeka gegründet wurde: Damals konnte eine Krankheit den finanziellen Ruin bedeuten. Um dies zu vermeiden, gründeten 27 Kommunalbeamte einen Krankenversicherungsverein auf Gegenseitigkeit. Jedes Mitglied zahlt einen Beitrag in die Gemeinschaftskasse und erhält daraus schnell finanzielle Hilfe, wenn Krankheitskosten anfallen, um vor „augenblicklicher Not“ geschützt zu sein.

Gegenseitige, wirkungsvolle Unterstützung in Krisenzeiten und das Ziel, die Gesundheit der Versicherten, die gleichzeitig Mitglieder des Versicherungsvereins sind, zu erhalten oder wiederherzustellen, sind Werte, die seitdem von Generation zu Generation bei der Debeka weitergegeben werden – bis heute.

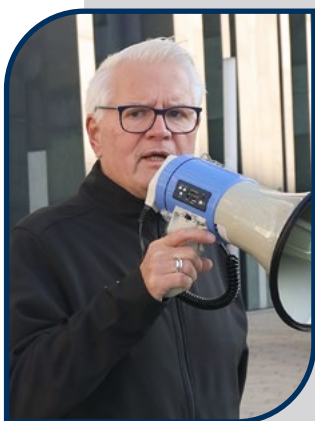
VORWORT

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

die zweite Sonderausgabe der DJG Notizen in 2025 steht ganz im Zeichen der Herbstausgabe der Justizministerkonferenz (JuMiKo), die am 7. November 2025 in Leipzig stattfand – einem für die Justizpolitik wichtigen Datum, das zahlreiche Impulse für alle Bundesländer setzt. Gerade in Zeiten zunehmender gesellschaftlicher und politischer Herausforderungen war die Konferenz ein zentrales Forum, um die Weichen für eine zukunftssichere und leistungsfähige Justiz zu stellen. In Leipzig kamen Justizministerinnen und Justizminister der Länder zusammen und diskutierten, wie Gerichte, Staatsanwaltschaften und weitere Einrichtungen auf die neuen Anforderungen reagieren müssen und wie die Interessen der Beschäftigten bestmöglich berücksichtigt werden könnten. Grund genug für uns als Deutsche Justiz-Gewerkschaft im Vorfeld der Konferenz die Teilnehmerinnen und Teilnehmer lautstark zu begrüßen und über Plakate und Spruchbänder unsere Forderungen und Erwartungen an die Runde zu formulieren.



Im Mittelpunkt der diesjährigen Konferenz standen unter anderem die Abschlussergebnisse der Reformkommission „Zivilprozess der Zukunft“, die Digitalisierung der Justiz, der Ausbau und die Modernisierung der Registerverfahren sowie die Neuauflage des Pakts für den Rechtsstaat 2.0. Darüber hinaus wurde die Beschleunigung gerichtlicher Verfahren thematisiert: Schriftliche Verfahren, die Übernahme des Once-Only-Prinzips bei Nachlass- und Grundbuchverfahren sowie die Einführung einer gemeinsamen elektronischen Verfahrensakte sollen Verwaltungswege verkürzen und Arbeitsabläufe verschlanken.



Eine moderne, digitalisierte Justiz bietet zweifelsohne Chancen auf eine Entlastung in der täglichen Arbeit – etwa durch weniger Papier, automatisierte Standardprozesse und eine bessere Vernetzung. Gleichzeitig verlangt die Transformation auch Anpassungsfähigkeit, kontinuierliche Weiterbildung und ein hohes Maß an Flexibilität. Den Bediensteten muss genug Raum, Zeit und eine entsprechende Fort- und Weiterbildung geboten werden, um den digitalen Prozessen gerecht werden zu können.

Die Rolle der Justizbediensteten wird in der Zukunft zentraler denn je: Sie sind nicht nur Trägerinnen und Träger der digitalen Transformation, sondern auch Garantinnen und Garanten für die Wahrung rechtsstaatlicher Standards. Hier gilt es, die Personalausstattung zu stärken, faire Arbeitsbedingungen zu sichern und die Wertschätzung für das Engagement der Mitarbeitenden deutlich zu steigern.

Die Deutsche Justiz-Gewerkschaft begrüßt die Initiative, die personelle Verstärkung als eine der tragenden Säulen des Pakts für den Rechtsstaat 2.0 festzuschreiben. Die Herausforderungen, denen die Justiz gegenübersteht – sei es durch steigende Fallzahlen, wachsende Komplexität der Verfahren oder umfangreiche Digitalisierungsschritte – lassen sich nur mit ausreichend Personal

meistern. Eine schlankere Organisation und schnellere Arbeitsabläufe bedeuten nur dann echte Entlastung, wenn sie nicht zulasten der Arbeitsbelastung und Gesundheit der Beschäftigten gehen. Deshalb ist es wichtig, die Mittel des Bundes in den Ländern auch gerecht auf die Einrichtungen zu verteilen, und zwar über alle Berufsgruppen hinweg. Mehr Richterinnen und Richter sowie mehr Staatsanwältinnen und Staatsanwälte benötigen den notwendigen Unterbau zur Umsetzung ihrer Entscheidungen, Handlungen und Urteile. Das leistet insbesondere die Laufbahngruppe 1.2 sowie die mit dieser Laufbahn vergleichbaren Tarifbeschäftigten.

Die Wertschätzung für die tagtägliche Leistung der Kolleginnen und Kollegen muss in kommunale, landes- und bundespolitische Entscheidungen münden, die echte Anerkennung und finanzielle Sicherheit gewährleisten. Nur mit einer attraktiven Personalausstattung und einer klaren Karriereperspektive bleibt der öffentliche Dienst konkurrenzfähig und kann dem demografischen Wandel begegnen.

Die Neuauflage des Pakts für den Rechtsstaat setzt genau an diesen Punkten an: Er baut auf drei Säulen – die personelle Stärkung, verbesserte Digitalisierung sowie die Verschlinkung und Beschleunigung von Verfahrensabläufen. Gerade für die Beschäftigten in der Justiz eröffnet dieser Pakt die Perspektive auf eine bessere Arbeitsausstattung, eine sicherere Rechtsanwendung und die Integration neuer technischer Werkzeuge im Arbeitsalltag.

Allerdings muss kritisch hinterfragt werden, ob die zugesagten Mittel und strukturellen Änderungen auch tatsächlich bei den Mitarbeitenden ankommen oder im Dickicht verwaltungstechnischer Umsetzungen und Kürzungen versanden. Die Deutsche Justiz-Gewerkschaft wird diesen Prozess wachsam begleiten und fordert eine konsequente Einbindung der Beschäftigten in alle Reformschritte.

Die Herbst-JuMiKo 2025 in Leipzig markiert einen wichtigen Wendepunkt für die deutsche Justiz: Die Konferenz beschloss nicht nur konkrete Projekte zur Digitalisierung, Beschleunigung und Vereinfachung von Verfahren, sondern stellte auch die personelle und technische Erneuerung des Rechtsstaats in den Mittelpunkt. Für die Beschäftigten bedeutet das Chancen auf Entlastung und mehr Wertschätzung – verlangt aber auch Engagement und Offenheit für Veränderungen.

Die Deutsche Justiz-Gewerkschaft wird als starke Stimme für die Interessen der Mitarbeitenden ihre Position klar artikulieren und sich selbstredend für einen nachhaltigen, zukunftssicheren Rechtsstaat 2.0 einsetzen. Damit einhergehend gilt aber: Wir fordern für Personal und Ausstattung der Justiz bundesweit konkrete Maßnahmen, um dem steigenden Arbeitsaufkommen und den Anforderungen der Digitalisierung gerecht zu werden. Kürzungen im Justizbereich sind politisch fahrlässig. Es braucht eine Kehrtwende in der Haushaltspolitik der Länder für einen wirksamen und modernen Rechtsstaat, die Notwendigkeit eines offenen Dialogs mit den Beschäftigtenvertretungen und nachhaltige Investitionen statt kurzfristiger Einsparungen.

Mit kollegialen Grüßen

Beatrix Schulze und Klaus Plattes

Bundesvorsitzende

PAKT FÜR DEN RECHTSSTAAT 2.0 Für Euch recherchiert ...

Der Pakt für den Rechtsstaat 2.0 umfasst eine deutliche Stärkung der Justiz in Deutschland und basiert auf drei zentralen Säulen: personelle Aufstockung, Digitalisierung sowie die Beschleunigung und Vereinfachung der Verfahrensabläufe.

Säulen des Paktes

Personelle Stärkung: Es sollen mindestens 2.000 neue Stellen für Richterinnen, Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte sowie für das unterstützende Personal geschaffen und durch den Bund und die Länder finanziert werden, um den steigenden Anforderungen in der Justiz durch neue Gesetze und gesellschaftliche Veränderungen gerecht zu werden.

Digitalisierung: Die Justizministerien verfolgen flächendeckende elektronische Aktenführung (E-Akte), die Modernisierung von IT-Fachverfahren, einheitliche Cloud-Lösungen, Portal- und Plattformlösungen für digitale Kommunikation, sowie den gezielten Einsatz von Künstlicher Intelligenz zur Effizienzsteigerung (z. B. bei Massenverfahren und Routineaufgaben). Der Bund beteiligt sich jährlich mit mindestens 200 Millionen Euro an den Investitionen zur digitalen Transformation der Justiz.

Verfahrensbeschleunigung: Durch Reformen im Zivilprozess und Strafprozess sollen Verfahrensabläufe verschlankt und beschleunigt werden. Empfohlene Veränderungen stammen u. a. von entsprechenden Reformkommissionen.

Weitere Aspekte

Besonders hervorgehoben wird, dass trotz technischer Innovationen richterliche Entscheidungsgewalt dem Menschen vorbehalten bleibt. KI-Systeme sollen effizient, menschenzentriert und grundrechtskonform sein (gemäß Europäischer KI-Verordnung).

Die Justizministerien fordern eine nachhaltige finanzielle Beteiligung des Bundes an den Kosten sowohl für neue Stellen als auch für Digitalisierungsvorhaben und Infrastrukturinvestitionen.

Der aktuelle Pakt für den Rechtsstaat 2.0 markiert damit einen Paradigmenwechsel, indem Digitalisierung und Prozessreformen genauso im Fokus stehen wie eine verstärkte personelle Ausstattung.



IMPRESSUM

DJG notizen
Mitgliederinformation
Deutsche Justiz-Gewerkschaft e. V.
Bundesverband (DJG)

V.i.S.d.P.:
Beatrix Schulze und
Klaus Plattes
(Bundesvorsitzende)

Redaktion:
Anna Gallina, Carolina Paulus,
Klaus Plattes, Beatrix Schulze,
Klaus Zallmann

Fotos:
Senatskanzlei Hamburg / Jan Pries
Klaus Zallmann

Layout:
Klaus Zallmann, 2mal6 GmbH

Titelseite:
Maike Fruck, DJG



07. November 2025 JUMIKO Leipzig

DJG macht Druck bei der Justizministerkonferenz in Leipzig: Schluss mit Sparen, Schweigen und Stillstand!

Mit Sonnenaufgang über Leipzig, versammelten sich einige Vertreterinnen und Vertreter der Deutschen Justiz-Gewerkschaft aus den Landesverbänden vor dem Paulinum auf dem Leipziger Augustusplatz. Flaggen wehten, Trillerpfeifen schrillten, Plakate und Spruchbänder forderten unüberhörbar: Schluss mit Kürzungen, Überlastung und leeren Versprechen! Die Justiz ächzt – und die Politik schaut zu. Der Rechtsstaat bröckelt. Damit muss jetzt Schluss sein.

Im Mittelpunkt des Protestes stand die klare Botschaft: Wer am Haushalt spart, spart an Recht und Gerechtigkeit. Personalmangel lähmt die Gerichte, Verfahren dauern zu lange, Frust und Überstunden gehören für viele Beschäftigte längst zum Alltag. Während Millionen Akten in den Fluren stocken, fehlt es an allem – an Köpfen, an Technik, an Mut zur Veränderung. Die Defizite bei der Digitalisierung sind keine Panne mehr, sondern ein dauerhafter Krisenzustand.

Mit dabei war auch die JUNGE DJG – die Stimme des Justiznachwuchses. Sie machte unmissverständlich deutlich, dass die Zukunft der Justiz auf dem Spiel steht: Wer heute keine jungen Menschen für die Justiz gewinnt, riskiert, dass morgen niemand mehr Verfahren führt, Akten bearbeitet oder Urteile schreibt. Gute Arbeit braucht gute Bedingungen – das gilt besonders für die nächste Generation!

Als die Teilnehmenden ab 9 Uhr vor dem Paulinum eintrafen, stand die DJG bereit: kämpferisch, geschlossen, entschlossen. Nahezu alle Ministerinnen und Minister suchten das Gespräch mit uns – wohl wissend, dass die Stimmung in den Justizverwaltungen aktuell kritisch ist. Nach einer kraftvollen Demonstration traten die Kolleginnen und Kollegen gegen 11 Uhr die Heimreise an – zwar mit durchgefrorenen Händen, aber heißem Herzen.

Die Botschaft hallt nach: Wir lassen nicht locker. Die DJG bleibt laut, unbequem und unübersehbar – für eine starke Justiz, die ihrem Auftrag gerecht werden kann. Überrascht und erfreut waren wir auch von der Resonanz in den Medien im MDR und auch ganz kurz in der Tagesschau um 20 Uhr im Ersten.





Landesverband Niedersachsen



Landesverband Brandenburg



Landesverband Saarland



Landesverband Schleswig-Holstein



Landesverband Nordrhein-Westfalen



Landesverband Hessen

**STARK, WENN'S
DRAUF ANKOMMT**

EXKLUSIV FÜR PKV-MITGLIEDER

**Beste Leistungen
erlebst du, weil
wir mit ganzem
Herzen für
dich da sind.**

Als Marktführer mit 120 Jahren Erfahrung sind wir an deiner Seite – ein Leben lang. Von Generation zu Generation. Gegründet von Mitgliedern für Mitglieder.

Handelsblatt

**BESTE
Kranken-
versicherer**

1. Platz

2025

Debeka

Im Vergleich:
30 Krankenversicherer
ServiceValue GmbH
17.07.2025

Mehr Infos?
Hier scannen!



Debeka

Das Füreinander zählt.



Bundesministerin der Justiz
Dr. Stefanie Hubig



Justizministerin Thüringen
Beate Meißner



Justizministerin Niedersachsen
Dr. Kathrin Wahlmann



Staatsminister der Justiz Philipp Fernis und
Staatssekretär Dr. Matthias Frey aus Rheinland-Pfalz



Staatssekretär Dr. Jens Diener
aus dem Saarland



Justizminister Brandenburg
Dr. Benjamin Grimm



Justizminister Nordrhein-Westfalen
Dr. Benjamin Limbach



Justizministerin Sachsen-Anhalt
Franziska Weidinger



Sächsisches Staatsministerium der Justiz
Amtschef Till Pietzcker



Justizminister Hessen
Christian Heinz



Justizministerin Baden-Württemberg
Marion Gentges



Justizminister Bayern
Georg Eisenreich

Wir sind wirklich überwältigt von der großen Resonanz und dem Zuspruch, den unsere Kolleginnen und Kollegen aus den Ländern sowie in der Bundesleitung seitens der Justizministerinnen und -minister und/oder den Staatssekräterinnen und -sekretären erfahren haben. Vielen Dank.

Werdegang Anna Gallina

- 2003: Abitur an der Ida-Ehre-Gesamtschule
- 2004 - 2010: Studium der Politikwissenschaft, Philosophie und des Öffentlichen Rechts (Abschluss Magister Artium)
- 2006 - 2008: Research Assistant im Forschungsprojekt
„Governing Intellectual Property Claims Conflicts about European directives on intellectual property rights and software-patents“
- 2010 - 2012: Freie Mitarbeiterin für eine Politik- und Unternehmensberatung
- 2012 - 2015: Geschäftsführerin des Präsidiums und des Stiftungsrats der Leuphana Universität Lüneburg
- 2011 - 2015: Beisitzerin im Landesvorstand von Bündnis 90/Die Grünen Landesverband Hamburg
- 2011 - 2015: Mitglied der Bezirksversammlung Eimsbüttel. Mitglied unter anderem im Stadtentwicklungsausschuss, Jugendhilfeausschuss, Sozialausschuss und verschiedenen Regionalausschüssen
- 2013 - 2015: Fraktionsvorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Bezirksversammlung Eimsbüttel
- 2015 - 2020: Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft, direkt gewählt im Wahlkreis Lokstedt-Niendorf-Schnelsen, Mitglied im Verfassungs- und Bezirksausschuss, dem Familien-, Kinder- und Jugendausschuss und dem Verkehrsausschuss. Fachsprecherin für Bezirke, Familie, Kinder und Jugend
- 2015 - 2021: Landesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen Landesverband Hamburg
- 2016 - 2019: Mitglied und Schriftführerin in der Enquete-Kommission „Kinderschutz und Kinderrechte weiter stärken“
- 2020: Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft, direkt gewählt für den Wahlkreis Rotherbaum-Harvestehude-Eimsbüttel-Ost.
- seit 10. Juni 2020: Präses der Behörde für Justiz und Verbraucherschutz
- 2020 - 2025: Koordinatorin der A-Länder
- seit 2020: Vorsitzende des Rechtsausschusses des Bundesrats
- seit 2020: Koordinatorin der G-Länder in der Verbraucherschutzministerkonferenz

Interview mit der Hamburger Senatorin für Justiz und Verbraucherschutz **Anna Gallina**

Die nächste JuMiKo wird nach unseren Recherchen 2026 vom Stadtstaat Hamburg ausgerichtet. Grund für uns, im Rahmen der diesjährigen Konferenz in Leipzig mit Anna Gallina zu sprechen. Das Interview führten Beatrix Schulze und Klaus Plattes bereits im Vorfeld.

DJG: Welche sind aus Ihrer Sicht die drei größten Herausforderungen für die deutsche Justiz im Jahr 2026, insbesondere mit Blick auf den verpflichtenden elektronischen Rechtsverkehr?

Wir müssen den Fachkräftemangel in den Griff bekommen. Wir müssen offene Stellen besetzen. Das ist gerade auf den Geschäftsstellen ein großes Problem. Und wir müssen dort, wo es notwendig ist, weitere

und um die Digitalisierung als weitere Herausforderung. Wir müssen die Digitalisierung sicher und effektiv umsetzen. Das ist ein Kraftakt.

DJG: Wie schätzt Hamburg die Umsetzung der Digitalisierung im Justizwesen bundesweit ein und wo sehen Sie bundesweiten Verbesserungsbedarf, etwa bei Hardware, IT-Sicherheit oder Vernetzung der Systeme?

In der Justiz arbeitet man schon seit vielen Jahren länderübergreifend sehr stark zusammen. Es gibt eine länderübergreifende Digitalstrategie. Anstehende Herausforderungen wie die notwendige Konsolidierung und Modernisierung der justiziellen IT-Landschaft, die Anpassung der rechtlichen Rahmenbedingungen auf die Bedürfnisse der Digitalisierung – zum Beispiel zur Modernisierung des Zivilprozesses – und die Durchführung von wesentlichen (Groß-) Projekten werden gemeinsam bewältigt. Das ist der gemeinsame Strang, an dem alle ziehen müssen – und das ist auch allen sehr bewusst.

Stellen schaffen. Wir wollen, dass jede und jeder zu seinem Recht kommt – und das ist eine weitere Herausforderung: Insbesondere die Staatsanwaltschaften kämpfen engagiert gegen einen Berg unerledigter Verfahren. Auch hier geht es um Personal, um die Aufgabenlast bedingt auch durch die Bundesgesetzgebung

DJG: Welchen Beitrag kann und sollte der Bund zur Finanzierung und Steuerung einheitlicher Digitalstandards zwischen den Ländern leisten?

In weiten Teilen, zum Beispiel bei Projekten wie der digitalen Rechtsantragsstelle oder beim zivilgerichtlichen Online-Verfahren, nimmt der Bund bereits eine

Foto: (c) Senatskanzlei Hamburg / Jan Pries



federführende Rolle ein und trägt dabei zur Entwicklung von bundeseinheitlichen und zentralen Lösungen bei.

DJG: Welche Rolle wird der Einsatz von Künstlicher Intelligenz und moderner Software in der Justiz für Deutschland spielen und wo sehen Sie Chancen, aber auch Risiken?

Moderne Software bietet der Justiz Vorteile wie schnellere Verfahren durch optimierte Abläufe, verbesserte Effizienz durch digitale Akten und Automatisierung, zum Beispiel bei der Dokumentensuche, und einen verbesserten Zugang zum Recht durch KI-gestützte Werkzeuge wie Chatbots. Weitere Vorteile sind eine bessere Datensicherheit, eine standardisierte Kommunikation zwischen Gerichten und Behörden und die Möglichkeit, komplexe Sachverhalte mithilfe von Analysen effizienter zu bearbeiten.

Vor dem Einsatz von KI-Systemen wird geprüft, ob sie die hohen Anforderungen der Justiz an Effizienz, Zuverlässigkeit und Risikofreiheit erfüllen. Die KI-Strategie definiert gemeinsame Ziele, Handlungsfelder und Standards für die Entwicklung, den Einkauf und Einsatz von KI in der Justiz, fördert Interoperabilität und unterstützt Start-ups und KMU. Die Strategie stellt sicher, dass die richterliche Entscheidungsgewalt unterstützt, aber nicht ersetzt wird, und berücksichtigt die Anforderungen der EU-KI-Verordnung.

DJG: Personalmangel ist seit Jahren ein Thema: Wie sollte Bund und Bundespolitik auf die weiter steigenden Engpässe bei Bediensteten in der Justiz reagieren?

Wir brauchen eine personelle Stärkung der Justiz. In der Hamburger Justiz sind wir in den vergangenen Jahren zu einem erheblichen Stellenaufbau gekommen. So etwas kostet und der Bund muss sich finanziell beteiligen – an der personellen Stärkung, aber auch bei der Digitalisierung und bei der Verfahrensbeschleunigung. Schließlich schafft ja auch die Bundesgesetzgebung permanent neue Anforderungen an die Justiz. Der damalige Pakt für den Rechtsstaat war ein Erfolg, jetzt brauchen wir die vom Bund versprochene Neuauflage. Dafür hatte Hamburg stark gekämpft.

DJG: Die Länder setzen die elektronische Akte ab 2026 um – wie weit ist Hamburg und wie sieht der Dialog mit den anderen Ländern aus?

Hamburg ist bei der elektronischen Akte zügig dabei. Wir wollen mit der Umstellung bis zum 01.01.2026 fertig werden und kein Opt-out in Anspruch nehmen. Zahlen aus dem Oktober zeigen, dass in über 400.000 Verfahren die Akte digital geführt wird und etwa 87 Prozent der Beschäftigten damit täglich bzw. regelmäßig arbeiten. Das ist schon beeindruckend angesichts der doch sehr großen Herausforderung durch diese Umstellung. Mit der E-Akte werden wir dann aber schneller arbeiten können und erschließen uns zudem die Möglichkeiten, KI noch stärker zum Einsatz zu bringen. Die Zusammenarbeit der Länder erfolgt bei solchen Digitalisierungsvorhaben sowohl im Rahmen der Gesetzgebung, auf Ebene der Justizminister:innen, im E-Justice-Rat, durch die IT-Leitungen im Bund-Länder-Austausch und im Rahmen von vielfältigen länderübergreifenden Arbeitsgruppen und durch gemeinsame Projekte.

DJG: Wie gelingt Hamburg die Vereinbarkeit von Datenschutz, Informationssicherheit und Effizienz bei der fortschreitenden Digitalisierung der Justiz?

Datenschutz und Informationssicherheit setzen die notwendigen Leitplanken für alles, was technisch und organisatorisch zulässig ist. Sie wirken zwar mitunter einschränkend und erfordern zusätzliche Ressourcen, sind aber als zentrale Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit der Justiz unverzichtbar. Sicherheits- und Datenschutzkonzepte sind fester Bestandteil der Planung und Einführung neuer Systeme. Das führt zu weniger Reibungsverlusten und einer effizienteren Umsetzung. Außerdem sorgt die zunehmend in enger Abstimmung stattfindende Entwicklung in länderübergreifenden Verbänden und der gemeinsame Betrieb von Fachanwendungen dafür, dass Synergien genutzt werden können, was Hamburg ressourcenseitig entlastet.

DJG: Gibt es ausreichend IT-Fachkräfte, Justizpersonal und Fortbildungsmöglichkeiten, um die Digitalisierung reibungslos zu bewältigen? Welche speziellen Maßnahmen hat Hamburg geplant?

Die Digitalisierung macht man nicht nebenbei. Das muss natürlich auch personell abgebildet werden. Auch in diesem Bereich sind die personellen Ressourcen

endlich, wir haben hier einen Bedarf an IT-Fachkräften. Digitalisierung geht auch nur, wenn man die Kolleginnen und Kollegen mitnimmt. Es finden regelmäßig Schulungen, Einweisungen und Präsentationen statt, um neue Anwendungen, Systeme und Prozesse praxisnah zu vermitteln und die Kolleginnen und Kollegen auf dem aktuellen Stand zu halten. Es gibt intensive Unterstützung vor Ort. IT-Mitarbeitende begleiten die Einführung persönlich, um einen reibungslosen Ablauf sicherzustellen und direkte Hilfe bei technischen oder organisatorischen Fragen zu leisten.

DJG: Im Bereich Künstliche Intelligenz: Setzt Hamburg bereits KI-Technologien ein oder plant entsprechende Pilotprojekte, zum Beispiel zur Aktenauswertung oder zur Verfahrensbeschleunigung?

Die Justiz sollte die Potenziale von KI nutzen, wo es sinnvoll, effektiv und natürlich rechtssicher möglich ist. Dazu gibt es Beratungen zwischen dem Bund und den Ländern, an denen sich Hamburg aktiv beteiligt. Die Digitalisierungsinitiative für die Justiz fördert die Entwicklung von KI-Anwendungen, die unter anderem das Ziel haben, die Aufbereitung von Verfahrensinhalten zum Beispiel für Massen- und Umfangsverfahren zu unterstützen, oder auch dazu dienen sollen, die Geschäftsprozesse zur Veröffentlichung von Gerichtsentscheidungen besser zu unterstützen. Aktuell wird in Hamburg eine KI-Komponente verwendet, welche aus eingehenden Dokumenten die Metadaten extrahiert und den zur Verfahrensbearbeitung eingesetzten

Anwendungen zur weiteren Verarbeitung zur Verfügung stellt. Zudem ist die KI-Komponente in der Lage, große Dokumente in ihre korrekten Einzeldokumente zu unterteilen. Außerdem wird in Hamburg ein Strukturierungswerkzeug eingesetzt, das teil-automatisierte Funktionalitäten zur Durchdringung und Aufbereitung von Akteninhalten bietet. Darüber hinaus werden auch KI-Lösungen in der Praxis getestet, um eine sofortige Übersetzung von Texten und Unterhaltungen in nahezu jede beliebige Sprache zu ermöglichen. Das kann insbesondere in Asylverfahren hilfreich sein.

DJG: Abschließend: Vor dem Hintergrund der geplanten neuen Justizstellen durch den „Rechtsstaatspakt“: Wie konkret werden diese zusätzlichen Kapazitäten in Hamburg eingesetzt und wo werden sie am dringendsten gebraucht?

Das lässt sich zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht konkret beantworten, weil es natürlich auch von den Modalitäten der Vereinbarung abhängt. Klar ist aber: Es braucht diese Unterstützung. Es ist eine gemeinsame und elementar wichtige Aufgabe von Bund und Ländern, die Justiz zu stärken, sie überall handlungsfähig zu halten und zukunftsfest aufzustellen. Das betrifft eben insbesondere auch das Personal.

Frau Gallina, wir bedanken uns für die Zeit und das ausführliche Gespräch mit Ihnen.

Beatrix Schulze und Klaus Plattes
DJG Bundesvorsitzende

Foto: (c) 2025 - Klaus Zälmann



DJG Bundesvorsitzende Beatrix Schulze und Klaus Plattes mit Senatorin Anna Gallina (mitte) im Paulinum in Leipzig

Pressemitteilung der JUNGEN DJG (Abdruck)
zur JuMiKo am 07.11.25 in Leipzig



Die Justiz?

Kurz vorm Kollaps – die JUNGE DJG stellt adressiert an die Justizminister:innen der Bundesländer ernüchternd fest: **„Ihr spart uns kaputt!“**

Hannover im Oktober 2025 – Die JUNGE DJG, Jugendorganisation der Deutschen Justiz-Gewerkschaft, hat sich Ende des dritten Quartals in Hannover getroffen. Klarer Tenor der Diskussion: Der Frust ist groß, der Druck in den Einrichtungen der Justiz bundesweit steigt – und die Ungeduld wächst. Wenn sich in der Justiz jetzt nichts bewegt, steht bald keiner mehr da, der den Laden am Laufen hält. Darum wirds am 7. November in Leipzig ernst: Mitglieder der JUNGEN DJG stehen gemeinsam mit den Mitgliedern der DJG Deutschen Justiz-Gewerkschaft aus ganz Deutschland vor der Justizminister:innenkonferenz (JuMiKo) – laut, mutig und entschlossen.

Die JUNGE-DJG-Bundesvorsitzende Carolina Paulus sagt dazu: *„Wir sind die Zukunft – aber in der Gegenwart will uns in der Politik und in den Landesregierungen niemand richtig hören!“*

Der Hintergrund: Immer weniger junge Menschen entscheiden sich für eine Ausbildung, den Vorbereitungsdienst zum Justizfachwirt und zur Justizfachwirtin oder einer dualen Ausbildung in der Justiz.

Warum auch? Wertschätzung fehlt überall – von den Ministerien über die Amts- und Behördenleitungen, über Ausbildungsstätten bis in den Alltag der Dienststellen. Viele junge Beschäftigte erleben, dass ihr Engagement weder wahrgenommen noch anerkannt wird. Manche schufteten über ihre Grenzen hinaus, bekommen aber kaum Rückhalt oder faire Bezahlung. Motivation? Wird so systematisch zerstört.

Dazu kommen Arbeitsplätze, die alles andere als attraktiv sind. Alte und stark renovierungsbedürftige Gebäude, graue Wände, schlechte Ausstattung, veraltete Technik. Moderne Arbeitsumgebung?

Fehlanzeige. Während man in der freien Wirtschaft längst auf digitale Ausstattung, flexible Arbeitszeiten und kreative Lernräume setzt, wirken viele Justizgebäude wie Relikte aus einer anderen Zeit. „Die Justiz spart sich selbst kaputt“ – das sagt nicht nur die JUNGE DJG, das spüren Bedienstete jeden Tag.

Nicht besser läuft es in der Ausbildung. Die Einführung der E-Akte sollte ein Fortschritt sein – geworden ist sie für viele zur Belastung. Ausbilder:innen sind mit der neuen Technik oft selbst noch in der Erprobung und fühlen sich häufig überfordert, Anwärter:innen richtig einzuarbeiten. Es fehlen Schulungen, Ansprechpartner:innen und vor allem Zeit. Die Folge: Junge Menschen werden mit technischen Problemen allein gelassen. Statt echten Lernchancen gibt's Chaos und Frust. Und weil es zu wenig Arbeitsplätze für unsere Anwärter:innen gibt, fehlen praxisnahe Übungsmöglichkeiten völlig. So verliert man Motivation schon in der Ausbildung.



**DIE JUNGE DJG SAGT:
IHR SPART UNS
KAPUTT**



DJG.DE

Auch bei Teilzeit und Telearbeit zeigt sich ein altes Muster: Wer Glück hat, bekommt flexible Modelle – wer Pech hat, arbeitet weiter wie vor 20 Jahren. Moderne Arbeitskultur sieht anders aus. Die Unterschiede zwischen den Dienststellen sind enorm. Viele fühlen sich abgehängt und ungerecht behandelt. Das Ergebnis: Eine Generation, die sich von der Justiz entfremdet.

Dabei gäbe es genug Potenzial. Junge Menschen wollen Verantwortung übernehmen, sich einbringen, Dinge verändern. Doch stattdessen erleben sie Strukturen, die neue Ideen abwehren, Initiative bremsen und neuen Schwung unterdrücken. **Das ist die bittere Realität – und genau deshalb kämpft die JUNGE DJG.**

Die Forderungen der JUNGEN DJG sind klar:

- Schluss mit der Sparpolitik auf dem Rücken von Nachwuchs und Beschäftigten!
- Faire Bezahlung und echte Wertschätzung statt leerer Worte!
- Moderne Ausstattung, digitale Kompetenz, flexible Arbeitsmodelle – jetzt!
- Weiterbildung, Schulung und Unterstützung bei der E-Akte – für Ausbilder:innen wie Anwarter:innen!
- Mehr Ausbildungsplätze und Stellen für den Vorbereitungsdienst!

Dazu bringt die Bundesvorsitzende der JUNGEN DJG, Carolina Paulus, es auf den Punkt:
„Wenn ihr uns haben wollt, dann gebt uns endlich was, woran wir glauben können! Löst Euch aus den verstaubten Strukturen und legt den ständig zu hörenden Spruch » Issso, weil’s schon immer so war << endlich ad acta“.

Am 7. November in Leipzig wird die JUNGE DJG gemeinsam mit der DJG Deutschen Justiz-Gewerkschaft vor dem Beginn der Justizminister:innenkonferenz demonstrieren und damit zeigen, dass die junge Generation nicht länger still bleibt. „Wir wollen eine Justiz, die nicht zurückblickt, sondern nach vorne denkt. Eine Justiz, die attraktiv ist, gerecht, modern – und offen für Neues. Wir sind jung. Wir sind ungeduldig. Wer unsere Zukunft blockiert, kriegt unseren Widerstand zu spüren“ (Carolina Paulus)

Kontakt

JUNGE DJG

Carolina Paulus
Bundesvorsitzende
JUNGE DJG
Mobil 0177 2308146
Mail: caro-jungedjg@outlook.de

Kontakt

DJG Deutsche Justiz-Gewerkschaft

Klaus Plattes
Bundesvorsitzender
DJG
Mobil 0179 5900830
Mail: k.plattes@djg-bund.de



DIE JUNGE DJG SAGT:

ISSO **WEILS
SCHON
IMMER
SO WAR**

Bedienstete der Justiz in den Ländern fordern von ihren Justizministerinnen und Justizministern

- > MEHR GELD FÜR DIE JUSTIZ
- > BESEITIGUNG DES PERSONALMANGELS
- > MITTEL AUS DEM PAKT FÜR DEN
RECHTSSTAAT FÜR ALLE
BERUFSGRUPPEN IN
DER JUSTIZ
- > NACHWUCHS
- > DIGITALISIERUNG
MIT AUGENMAß



PRESSE-ERKLÄRUNG DER DJG ZUR JUMIKO LEIPZIG

DJG macht Druck bei der Justizministerkonferenz in Leipzig: Schluss mit Sparen, Schweigen und Stillstand!

Leipzig, 7. November 2025 – Bevor die Sonne über Leipzig aufging, füllte sich der Augustusplatz mit Transparenten, Fahnen und kämpferischen Stimmen: Die Deutsche Justiz-Gewerkschaft (DJG) machte eindrucksvoll deutlich, dass die Geduld der Bediensteten in der Justiz am Ende ist. Vor dem Paulinum der Universität Leipzig, wo am Vormittag die Konferenz der Justizministerinnen und -minister der Länder (JuMiKo) zusammentrat, setzten Justizbedienstete aus mehreren Landesverbänden ein unübersehbares Zeichen: für Gerechtigkeit, faire Arbeitsbedingungen und eine funktionsfähige Justiz.

„Wer an der Justiz spart, spart am Rechtsstaat – und gefährdet damit eines der wichtigsten Fundamente unserer Demokratie“, erklärten die Sprecherinnen und Sprecher der DJG. Angesichts unbesetzter Stellen, wachsender Aktenberge und einer Digitalisierung, die vielerorts nicht über den Testbetrieb hinauskommt, forderte die Gewerkschaft ein

sofortiges Umdenken in der Justizpolitik. „Sparen, Schweigen und Stillstand – das darf nicht länger die Überschrift der Justizpolitik sein“, betonte die DJG.

Symbol des Widerstands: Klare Botschaft aus Leipzig

Mit Trillerpfeifen, Bannern und ihrer ganzen Stimme verschafften sich die Beschäftigten Gehör. Die Botschaft war klar: Die Justiz ächzt – und die Politik darf nicht länger zusehen. Verfahren ziehen sich in die Länge, Überstunden und Frust sind Alltag, Motivation und Nachwuchs fehlen. „So kann und darf ein Rechtsstaat nicht funktionieren“, kritisierte die DJG. Besonders die JUNGE DJG machte auf die prekäre Nachwuchssituation aufmerksam: „Wenn wir heute keine neuen Kolleginnen und Kollegen gewinnen, bricht morgen das System zusammen.“ Gute Arbeit brauche moderne Arbeitsbedingungen, Ausstattung und echte Wertschätzung – nicht nur Lippenbekenntnisse.

JuMiKo-Themen im Fokus:

Digitalisierung, Beschleunigung, Reformen

Während im Paulinum die Justizministerinnen und -minister über Zukunftsfragen beraten, bleibt die DJG aufmerksam. Die Reformkommission „Zivilprozess der Zukunft“, Registermodernisierung, das Once-Only-Prinzip und die gemeinsame elektronische Verfahrensakte – all das sind Projekte mit Potenzial, aber auch Risiken. Die DJG fordert, dass die Bediensteten und Beschäftigten bei der Umsetzung beteiligt werden: „Digitalisierung darf nicht zur Dauerbelastung führen. Wer das System modernisieren will, muss es auch personell absichern.“

Zugleich mahnt die Gewerkschaft, den angekündigten „Pakt für den Rechtsstaat 2.0“ nicht zur leeren Formel verkommen zu lassen. Personalaufbau, moderne Technik und bessere Fortbildungsstrukturen müssen endlich konkret werden. „Nur mit ausreichend Personal und verlässlicher Finanzierung kann Digitalisierung Entlastung bringen – nicht mit Projekten, die auf halbem Weg stecken bleiben.“

Forderungen der DJG:

Mehr Köpfe, mehr Mittel, mehr Wertschätzung

Die Deutsche Justiz-Gewerkschaft fordert:

- die sofortige Aufhebung aller Stellensperren und Freigabe vorhandener Planstellen,
- zusätzlichen Personalaufbau in allen Justizbereichen,
- Gleichbehandlung aller Beschäftigten, insbesondere von Teilzeitkräften,
- bessere Bezahlung und klare Karriereperspektiven zur Nachwuchsgewinnung,
- Aufstockung des Personals im Bereich des ambulanten sozialen Dienstes.

Für eine moderne Arbeitsumgebung verlangt die DJG:

- auskömmliche Sachmittelbudgets,
- Fortsetzung von Bau- und Modernisierungsvorhaben,
- leistungsfähige IT-Infrastruktur und Rechtsstaats-tauglichkeit digitaler Verfahren,
- qualifiziertes IT-Fachpersonal für die Umsetzung der elektronischen Akte.

DJG zieht als klares Fazit: Jetzt ist die Politik gefordert!

Die DJG begrüßt, dass die Justizministerinnen und -minister über die Stärkung des Rechtsstaats beraten – doch sie warnt: „Papier allein schafft keine Gerechtigkeit.“ Die politischen Ankündigungen müssen sich in den Arbeitsalltag der Justizbediensteten übersetzen. Kürzungen im Justizbereich seien politisch fahrlässig. „Ein moderner Rechtsstaat braucht stabile Säulen – Personal, Technik und Respekt. Wenn einer dieser Pfeiler bricht, gerät das gesamte System ins Wanken.“

Die Demonstrierenden in Leipzig reisten mittags wieder ab – mit kalten Händen, aber heißem Herzen. Ihre Botschaft hallt nach:

Die DJG bleibt laut, unbequem und unübersehbar. Der Druck wächst, und das Signal aus Leipzig ist eindeutig: Die Justiz braucht endlich Taten – nicht nur Absichtserklärungen.



**DEUTSCHE JUSTIZ-GEWERKSCHAFT
WARNT DIE BUNDESLÄNDER:**

**DRITTE SÄULE
IM RECHTSSTAAT
BRÖCKELT**



NÜRNBERGER
VERSICHERUNG

Einkommensschutz – so individuell wie Sie.

Wie Sie mit unserer Grundfähigkeitsversicherung dafür sorgen können, dass körperliche und geistige Einschränkungen nicht zu finanziellen werden, erfahren Sie unter:

www.nuernberger.de



Seite 20



**DEUTSCHE JUSTIZ-GEWERKSCHAFT
WARNT DIE BUNDESLÄNDER:**

KAPUTT KÜRZEN

**– UND NIEMAND ÜBERNIMMT
VERANTWORTUNG.**

Wir sind eine der großen Fachgewerkschaften in der Justiz in Deutschland.

Die Deutsche Justiz-Gewerkschaft (DJG) ist die Dachorganisation für alle Bediensteten in der Justiz (Beamte und Tarifbeschäftigte) der einzelnen Bundesländer.

Wir gehören zum Dachverband des dbb beamtenbund und tarifunion.

DJG.DE